

Lügde: Festnahmen wegen des Verdachts eines schweren sexuellen Missbrauchs von bis zu 20 Kindern

Geschrieben von: Lorenz

Mittwoch, den 30. Januar 2019 um 00:20 Uhr

Staatsanwaltschaft und Polizei treten heute an die Öffentlichkeit

Was geschah auf dem Campingplatz in Lügde? Festnahmen wegen des Verdachts eines schweren sexuellen Missbrauchs von bis zu 20 Kindern

Mittwoch 30. Januar 2019 - **Lügde / Detmold / Blomberg (wbn)**. In Ostwestfalen-Lippe hat der konkrete Verdacht auf mehrere Fälle schweren sexuellen Missbrauchs an Kindern im Alter zwischen vier und dreizehn Jahren großes Aufsehen erregt. In diesem Zusammenhang sind bereits drei Festnahmen erfolgt.

Als möglicher Tatort gilt ein idyllisch gelegener Campingplatz in Lügde-Elbrinxen. Dem Missbrauch sollen bis zu 20 Kinder zum Opfer gefallen sein. Staatsanwaltschaft und Polizei geben dazu am heutigen Mittwoch eine Pressekonferenz in Detmold. Dazu die Polizei: „Hintergrund ist eine Vielzahl von Taten, bei denen Kinder schwer sexuell missbraucht wurden“. Einer der Festgenommenen ist ein 56 Jahre alter Dauercamper in Lügde.

Fortsetzung von Seite 1

Der Mann galt als unauffällig. Die Festnahme erfolgte bereits im November vergangenen Jahres. Eines der betroffenen Opfer soll die heute acht Jahre alte Pflegetochter des Tatverdächtigen sein. Wie der Westdeutsche Rundfunk (WDR) berichtet, seien die Polizei in Blomberg und zuständige Jugendämter allerdings schon im Jahre 2016 Hinweisen auf Kindeswohlgefährdungen nachgegangen.

Dazu liegt laut WDR offenbar auch ein Antwortschreiben aus dem Landkreis Hameln-Pyrmont vor. Demzufolge seien „alle drei Behörden (...) zu dem Ergebnis gekommen, dass hier keine Gefährdung (...) vorliegt“. Die provisorisch anmutende Behausung des Dauercampers, die eher

Lüge: Festnahmen wegen des Verdachts eines schweren sexuellen Missbrauchs von bis zu 20 Kindern

Geschrieben von: Lorenz

Mittwoch, den 30. Januar 2019 um 00:20 Uhr

einem Bretterverschlag ähnelt, spricht allerdings eine andere Sprache.

Die Ermittlungen von Polizei und Staatsanwaltschaft erstrecken sich offenbar auch auf das Ausland.